



Gemeinderat Ostermundigen  
Schiessplatzweg 1  
3072 Ostermundigen

Ostermundigen, 29. Juni 2020

## **Machbarkeitsstudie Kooperation Bern – Konsultationseingabe SP Ostermundigen**

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren

Die SP Ostermundigen ist überzeugt: Eine Fusion von Bern und Ostermundigen bietet neue Entwicklungsperspektiven für beide Gemeinden und die ganze Region. Deshalb hat sie die Diskussionen bereits 2018 angestossen. Zuerst mit einer Resolution an der Hauptversammlung vom 21. Februar 2018, dann mit einer überparteilichen Motion im Grossen Gemeinderat, welche am 23. August 2018 mit grossem Mehr überwiesen wurde. Beide Vorstösse wurden von der breiten Öffentlichkeit sehr begrüsst und sind über die Parteigrenzen hinweg auf grosse Resonanz gestossen.

Mit der Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie ist nun ein wichtiger Meilenstein erreicht. Die Fakten liegen auf dem Tisch und ermöglichen eine breite Diskussion über die Vor- und Nachteile einer Fusion. Neben Ostermundigen und Bern beteiligen sich auch die Gemeinden Bolligen, Bremgarten b. Bern, Frauenkappelen und Kehrsatz an der Machbarkeitsstudie Kooperation Bern. Für die SP Ostermundigen steht primär die Fusion zwischen Ostermundigen und Bern im Fokus. Sollte eine weitere Gemeinde sich den Fusionsverhandlungen anschliessen, stehen wir dem offen gegenüber.

### **Generelle Würdigung**

Die Machbarkeitsstudie zeigt, dass die Vorteile einer Fusion klar überwiegen. Durch eine Fusion wird eine Beteiligung und Mitbestimmung der Bevölkerung im funktionalen Lebens- und Arbeitsraum möglich. Das Ziel der Stadtregion Bern muss sein, aus einer in vielen Lebensbereichen zusammengewachsenen Region einen politisch und wirtschaftlich einheitlichen Raum zu schaffen. Der Status quo bietet sowohl für Ostermundigen wie auch für die ganze Stadtregion langfristig weniger Handlungsspielraum als eine fusionierte Stadt. Die SP Ostermundigen teilt die Einschätzung der Studie, dass es sich bei einer Fusion um ein langfristiges Projekt handelt.

Die Vorteile einer Fusion sind dabei vielfältig:

- bessere und mehr Leistungen zum gleichen Preis
- mehr finanzieller Handlungsspielraum
- bessere Anstellungsbedingungen für das Gemeindepersonal
- einheitliche Raum- und Verkehrsplanung

Insbesondere aus finanzieller Sicht stellt ein weiterer Alleingang für Ostermundigen jedoch auch bereits mittelfristig ein Risiko dar. Eine Fusion stärkt das Entwicklungspotenzial und damit auch den Wirtschaftsstandort der ganzen Stadtregion und stellt die einzige sinnvolle Perspektive für Ostermundigen dar. Zudem wird die Position der gesamten Region gegenüber Bund und Kanton gestärkt.

Neben der positiven langfristigen Perspektive für die Region bietet eine Fusion für die Bevölkerung und die Angestellten der Gemeinde Ostermundigen grosse Chancen. Dank dieser wäre das Angebot von nötigen, aber aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde abgeschafften oder nicht eingeführten Leistungen (z.B. gemeindeeigene Freifächer, Kulturkommission), wieder möglich. Auch im Sozial- und Integrationsbereich könnte Ostermundigen für seine Bevölkerung umfangreichere Leistungen anbieten. Für das Gemeindepersonal geht eine Fusion mit verbesserten Anstellungsbedingungen einher, wenn das höhere Niveau übernommen wird. Dies ist eine klare Forderung der SP im Bereich des Personals. Dadurch können angemessenere Löhne bezahlt und Sozialleistungen geboten werden. Gleichzeitig stehen zur Erledigung der Aufgaben mehr Ressourcen zur Verfügung.

Diese bereits frühzeitig von der SP eingebrachten Argumente werden alle von der Machbarkeitsstudie bestätigt. Die Studie dient als faktenbasierte Grundlage für die weiteren Diskussionen, zeigt aber auch noch Klärungsbedarf auf, der im Rahmen der Fusionsverhandlungen angegangen werden muss und kann. Bedauernd nimmt die SP Ostermundigen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat sich in einem ersten Schritt gegen die von der SP angestossene Motion zur Einleitung von Fusionsabklärungen gestellt und nun auch weiterhin auf eine politische Einordnung bzw. Würdigung der Studie verzichtet hat. Wir erwarten von den politischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen eine baldige Positionierung und ein aktives Einbringen in die Diskussionen. Dies gilt jedoch nicht nur für Ostermundigen, auch für die Stadt Bern muss aktiv aufgezeigt werden, welchen sichtbaren Nutzen eine Fusion auch für diese hat. Hier ist neben der technischen Machbarkeit eine Vision zur Überzeugung der Ostermundiger und der Stadtberner Bevölkerung unabdingbar. In der Folge möchten wir uns im Detail zu den in der Studie bearbeiteten Themen äussern.

## Politische Strukturen

Durch die Fragmentierung der Stadtregion Bern kann ein grosser Anteil der Bevölkerung im Lebens- und Arbeitsraum derzeit nicht mitbestimmen. Doch was in der Stadt Bern entschieden wird, betrifft die Bevölkerung von Ostermundigen direkt. Eine Fusion würde dieses Defizit an Mitbestimmungsmöglichkeiten beheben. Dies ist für die SP Ostermundigen eines der zentralsten Argumente für die Fusion. Gleichzeitig fordern wir, dass die Anliegen Ostermundigens auch in einer fusionierten Stadt berücksichtigt werden müssen. Der Einbezug des zukünftigen Stadtteils Ostermundigen ist während einer Übergangszeit von einer bis zwei Legislaturen auch durch politische Strukturen sicherzustellen. Ohne geeignete Massnahmen besteht durch die Fusion die Gefahr, dass der Stadtteil Ostermundigen politisch untervertreten wäre und deshalb Ostermundiger Anliegen marginalisiert würden. Zu den einzelnen eingebrachten Vorschlägen nehmen wir wie folgt Stellung:

- **Gemeinderat:** Während einer Übergangszeit soll ein gleichwertiger Gemeinderatssitz für Ostermundigen vorgesehen werden, damit das lokale Wissen und die Ostermundiger Anliegen auf Stufe der Exekutive direkt eingebracht werden können. Damit einher geht in Bern ei-

ne Erhöhung auf 7 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, was generell den Vorteil einer besseren Repräsentanz mit sich bringt. Die dadurch verursachte Verwaltungsreform bedeutet zwar einen grossen Aufwand, dies muss aber im Lichte der langfristigen Vorteile und auch allfälliger weiterer Fusionen zu einem späteren Zeitpunkt betrachtet werden.

- **Stadtrat:** Auch im Stadtrat soll während einer Übergangszeit eine der Bevölkerung entsprechende Anzahl Sitze für Ostermundigen reserviert werden. Ob die Anzahl Sitze des Stadtrates dabei erhöht werden soll, ist an der Stadt Bern zu entscheiden.
- **Wahlkreise:** In einer definitiven Implementierung von Wahlkreisen sehen wir zwar Vorteile in einer besseren Repräsentation der Quartiere, gleichzeitig hätte dies aber auch klare Nachteile. Die Stimmbevölkerung könnte nur die politischen Vertreterinnen und Vertreter des Quartiers und nicht auf dem ganzen Stadtgebiet wählen. Dies käme wieder einer Fragmentierung der Stadt gleich und es bestünde die Gefahr, dass Quartiersinteressen zu sehr in den Fokus rücken. Aus diesen Gründen stehen wir definitiven Wahlkreisen eher kritisch gegenüber. Dieser Punkt soll so rasch wie möglich auch auf Seite der Stadt Bern diskutiert und entschieden werden.
- **Stadtteilpartizipation:** In einer grösseren Stadt sind geeignete Gefässe der Partizipation und des sozialen Austausches zentral. Durch Mitwirkungsmöglichkeiten kann die Identifikation mit dem Stadtteil und dem Quartier gestärkt und die betroffenen Akteurinnen und Akteure am Entscheidungsprozess beteiligt werden. Der Vorschlag der Einrichtung einer Quartierorganisation in Ostermundigen, wie sie bereits heute in Bern bestehen, wird von der SP begrüsst. Bereits die neu geschaffene und von der SP initiierte Begleitgruppe, welche den Fusionsprozess begleitet, zeigt, dass eine lokale Diskussion wertvolle Beiträge leistet und zu einer breiten Akzeptanz führt. Nur so können grössere Projekte wie das Tram oder der Baretower auch zukünftig auf Akzeptanz stossen. Dabei soll die Beteiligung nicht auf die Volljährigkeit oder die Nationalität beschränkt werden.  
Neben den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten in Quartierkommissionen oder in Papierform, kann die Fusion aber auch eine Chance darstellen, Online-Beteiligungsinstrumente (E-Partizipation) einzuführen, welche weitere niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten darstellen.  
Vorschläge einer Stadtteilkonferenz bzw. Stadtteilkommission sind zwar interessant, die Vorschläge müssen jedoch noch weiter konkretisiert und breit diskutiert werden. Das Einrichten einer zusätzlichen Staatsebene kann zu komplexen Abläufen und unklaren Zuständigkeiten führen. Für die Nähe zu den Einwohnerinnen und Einwohnern in Ostermundigen und die Mitbestimmung könnte dies jedoch vorteilhaft sein.

## **Leistungen der Gemeinde und Nähe zu den Einwohnerinnen und Einwohnern**

Öffentliche Dienstleistungen (Verwaltung, Schulen, Betreuungsangebote für Kinder und Betagte, Infrastrukturen etc.) sollen nach einer Fusion für alle Bewohnerinnen und Bewohner mindestens auf dem bisherigen Stand und in gleicher Qualität angeboten werden. Dabei soll grundsätzlich das Prinzip gelten: Angleichung nach oben. Dabei sollen auch die bestehenden Stärken von Ostermundigen weiterhin genutzt werden, so zeichnet sich beispielsweise die Abfallentsorgung durch Innovation und ein grosses Engagement aus. Neuerungen bei Verwaltung und städtischen Dienstleistungen haben stets zum Ziel, den Service public zu verbessern beziehungsweise einem Bedürfnis der Bevölkerung zu entsprechen.

Grundsätzlich sollen nur Dienstleistungen in Bern zentralisiert werden, die keine Nähe zu den Einwohnerinnen und Einwohnern bedingen und deren Zusammenlegung einen Mehrwert generiert. Eine breitere und damit auch professionellere Verwaltung, stellt für die Bevölkerung auch eine Chance dar. Dienstleistungen, bei denen eine Nähe wichtig ist, sollen weiterhin im Stadtteil Ostermundigen erbracht oder in einer Verwaltungsniederlassung angeboten werden. Dies ist

beispielsweise beim Sozialdienst, soziokulturellen Angeboten, der Abfallentsorgung oder bei administrativen Dienstleistungen wie den Einwohnerdiensten, bei Adressänderungen oder dem Bezug von Tageskarten zentral. Diese Leistungen liessen sich mit dem heute eingesetzten Personal problemlos weiter vor Ort anbieten. Durch dieses Angebot kann sichergestellt werden, dass die Distanz zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verwaltung oder den politischen Behörden nicht zunimmt. Hier kann auch der Ausbau der digitalen Dienstleistungen ein ergänzendes Angebot darstellen, wobei die dafür nötigen Investitionen in einer fusionierten Stadt geteilt werden können. Dabei ist stets darauf zu achten, dass die Dienstleistungen für alle Bevölkerungsgruppen und barrierefrei zugänglich sind.

## **Personal**

In der Gemeinde Ostermundigen ist das Personal aktuell überlastet, weil die meisten Abteilungen aufgrund der angespannten Finanzlage unterbesetzt sind. Es kommt gehäuft zu gesundheitlich bedingten Ausfällen, wodurch die Belastung für die übrigen Mitarbeitenden zusätzlich steigt. Die Fusion, mit der grossen und damit mit mehr Ressourcen ausgestatteten Verwaltung der Stadt Bern, ist deshalb eine immense Chance für die Angestellten der Gemeinde Ostermundigen. Die Anstellungsbedingungen für das Ostermundiger Gemeindepersonal können dank einer Fusion signifikant verbessert werden, sofern auch hier das Prinzip 'Angleichung nach oben' angewandt wird, was eine klare Bedingung der SP ist. Eine Garantie der Beschäftigung und des Lohns ist Voraussetzung für die Zustimmung zu einer möglichen Fusion. Wir lehnen folglich die in der Machbarkeitsstudie (auf Seite 37 der Synthese) angesprochene Lohnreduktion entschieden ab.

Die Verwaltung einer fusionierten Stadt soll sich als soziale Arbeitgeberin auszeichnen. Wenn sinnvoll und nötig sollen Umschulungen in neue Verwaltungsgebiete aktiv gefördert werden.

## **Finanzen**

Die Studie zeigt, dass die Fusion insgesamt kein grosses Sparpotenzial bietet. Die SP teilt diese Einschätzung grundsätzlich. Für Ostermundigen bedeutet eine Fusion dennoch bessere Leistungen und höhere Qualität zum gleichen Preis. Infolge der Sparmassnahmen der vergangenen Jahre, musste Ostermundigen auf wichtige Leistungen verzichten und konnte essentielle Vorhaben beispielsweise im Bereich Integration nicht realisieren. Mit einer Fusion könnten in Ostermundigen die Leistungsangebote auf das Stadtberner Niveau angehoben werden, ohne dafür steuerlich mehr belastet zu werden.

Die Stadt Bern steht finanziell wesentlich robuster da als Ostermundigen. Zudem stärkt eine Fusion langfristig den Wirtschaftsstandort Bern, was sich wiederum positiv auf den Finanzhaushalt auswirken dürfte. Eine Fusion erweitert den Handlungsspielraum in Ostermundigen und erlaubt wichtige Investitionen und Massnahmen für die Bevölkerung und die Angestellten.

Die Machbarkeitsstudie bringt im Bereich Finanzen noch keine abschliessende Klärung. Hier gilt es, die ausgewiesenen Lücken zu schliessen. Es muss sichergestellt werden, dass die Kosten einer Fusion für die Stadt Bern so gering wie möglich gehalten werden und keine Sparmassnahmen zulasten des Personals oder der finanziell schlechter gestellten Bevölkerung getroffen werden. Nur so kann die Stadtbevölkerung überzeugt werden, dass auch ihr Vorteile aus der Fusion entstehen.

## **Vereine**

Lokale Vereine und Organisationen sind zentral für den Zusammenhalt einer Gesellschaft und die Identifikation mit dem nahen Umfeld. Ostermundigen verfügt über ein höchst aktives Vereinsleben. Diese bestehenden Strukturen gilt es zu erhalten. Für Vereine und Organisationen

mit oftmals begrenzten finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten ist der unkomplizierte Zugang zu Räumlichkeiten und Bewilligungsverfahren bei Veranstaltungen von grosser Bedeutung. Auch die Konditionen für Vereine sollen mit der Fusion auf das höhere Leistungsniveau angepasst werden. Da diesbezüglich in Ostermündigen möglicherweise die besseren Rahmenbedingungen gelten, ist gegenüber den Ostermündiger Vereinen und Organisationen eine Besitzstandsgarantie abzugeben, insbesondere auch dann, wenn Bern nicht bereit ist, diese Konditionen für das ganze Stadtgebiet zu übernehmen. Gute Bedingungen für oftmals in Quartieren verankerte Vereine sind zentral für die Akzeptanz des Fusionsprojekts in der Bevölkerung. Die Fusion bietet auch die Chance, soziokulturelle Projekte und Strukturen, wie sie in den Berner Quartieren gefördert werden, in Ostermündigen einzuführen bzw. auszubauen.

## **Raum- und Verkehrsplanung**

Die aktuelle Gemeindeflandschaft führt dazu, dass Planungen oftmals an Gemeindegrenzen enden. Gerade in der Raum- und Verkehrsplanung ist eine gemeindeübergreifende Sichtweise von grosser Bedeutung. Das Ziel einer stadtverträglichen Mobilität ist nur erreichbar, wenn auch die Agglomerationen mitmachen und einheitliche Planungen im zusammenhängenden Siedlungsgebiet erfolgen. Die Planung über das regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept stellt eine minimale Koordination sicher, verhindert aber nicht, dass Verkehrsmassnahmen, Bauvorschriften oder Infrastrukturplanungen meistens kommunal beschlossen werden. Die Fusion würde eine einheitliche Planung im zusammenhängenden Siedlungsgebiet sicherstellen. Insbesondere beim ESP Wankdorf oder auch bei der vorgesehenen Siedlungserweiterung Ost der Stadt Bern können die Interessen Ostermündigen bei einer Fusion viel direkter eingebracht werden. Ostermündigen könnte auch von den Erfahrungen innovativer Projekte in der Raum- und Verkehrsplanung und von der fortschrittlichen Wohnbaupolitik der Stadt Bern profitieren. Dadurch kann eine von Investorinnen und Investoren getriebene und unausgewogene Raumplanung, wie dies im Oberfeld und insbesondere beim San Siro teilweise der Fall war, verhindert werden. Gleichzeitig würde die Stadt Bern im Bereich Verkehr profitieren. Eine stadtverträgliche Mobilität und damit eine Reduktion des MIV ist nur möglich, wenn die Agglomerationen dies ebenfalls mittragen. Eine Fusion würde eine solche einheitliche Verkehrspolitik ermöglichen.

Mit der laufenden Planung (Omundo) wird in Ostermündigen aktuell eine breit abgestützte und umsichtige Raumplanung erarbeitet. Die fusionierte Gemeinde könnte damit auf eine den aktuellen Anforderungen entsprechende Vision profitieren. Ostermündigen mit der Lage am Stadtrand stellt die Grenze zum Grüngürtel der Agglomeration und somit auch ein Naherholungsgebiet dar. Die Grünräume gilt es unbedingt zu erhalten. Es muss im weiteren Fusionsprozess verhindert werden, dass Ostermündigen bloss als Landreserve und Einzonungspotenzial für die Stadt gesehen wird. Dafür braucht es qualitativ bessere Dokumente als den Teilbericht Raumplanung und ein klares Commitment von Seiten der Stadt Bern. Im Zentrum muss weiterhin die Siedlungsentwicklung nach innen stehen. Die Stossrichtung von Omundo soll auch nach einer Fusion beibehalten werden.

## **Fazit und weitere Schritte**

Die SP Ostermündigen ist überzeugt, dass die Fusion aus den genannten Gründen die richtige und langfristig einzige Perspektive für Ostermündigen ist. Es überwiegen klar die Vorteile sowohl für Ostermündigen als auch für die ganze Region. Der nun eingeschlagene Weg soll weiterverfolgt werden. Es sind so rasch wie möglich Fusionsverhandlungen aufzunehmen und die in der Studie vorhandenen Lücken zu schliessen. Die gegenwärtig spürbare Dynamik der Diskussion soll genutzt und der Prozess prioritär behandelt werden. Gleichzeitig ist eine enge Einbindung der Bevölkerung sowie der politischen Gremien für die Akzeptanz zentral. Auch

während der Fusionsverhandlungen ist der Grosse Gemeinderat regelmässig über den Stand zu informieren und die Begleitgruppe einzubeziehen. Die SP wird sich weiterhin an den Diskussionen aktiv und konstruktiv beteiligen.

Freundliche Grüsse

Für den Vorstand der SP Ostermundigen

Handwritten signature of Kathrin Balmer in black ink, consisting of the letters 'K. Balmer' followed by a long horizontal flourish.

Kathrin Balmer  
Präsidentin

Handwritten signature of Stefanie Dähler in black ink, featuring a large, stylized initial 'S' followed by several loops and a horizontal line.

Stefanie Dähler  
Vize-Präsidentin